

Schluss mit der ausländischen Bevormundung



lic. iur.
Christoph
Spiess,
e. Gemeinderat,
Co-Zentral-
präsident,
Zürich

Am 19. Mai stimmen wir über zwei Vorlagen ab, die ganz verschiedene Themen betreffen und doch etwas gemeinsam haben: Sie sind unter ausländischem Druck entstanden. Die OECD masst sich an, unabhängigen Staaten «Standards» vorzuschreiben, wie sie ihr Steuerrecht ausgestalten sollen. Die EU verlangt, dass wir unser Waffenrecht an ihre Vorgaben anpassen. Und was tut unsere Regierung? Dasselbe wie immer. **Bern übt sich im Duckmäusertum und kuschelt vor den fremden Vögten, statt der frechen OECD ganz einfach den Austritt mitzuteilen oder klarzustellen, dass der Besitz von Waffen das unverbrüchliche Recht eines Eidgenossen ist und die EU dazu nichts zu sagen hat.** Bern hat Angst, dass man uns auf eine «schwarze Liste» setzen könnte. Ja und, was wäre daran schlimm? **Deswegen wird niemand darauf verzichten, gute Schweizer Produkte zu kaufen.** Nun sollen wir also untertänigst um eine Ausnahmebewilligung

POSTCODE

AZB 3001 Bern

(!) nachsuchen, wenn wir weiterhin mit unserem Sturmgewehr schiessen gehen möchten. Als Vorwand für diesen eines freiheitlichen Landes

unwürdigen bürokratischen Unsinn dient der Kampf gegen den Terrorismus. Als ob Terroristen auf Schweizer Ordonnanz- oder Sportwaffen zurückgreifen müssten, um ihre Anschläge zu begehen. In Wirklichkeit geht es um etwas anderes. Die international verbandelte Politiker- und Managerkaste hat Angst vor dem freien, bewaffneten Bürger. **Er könnte ja eines Tages auf die Idee kommen, die Freiheit mit der Waffe in der Hand verteidigen zu wollen. Also wird scheinweise das Waffenrecht verschärft.**

Weitere EU-Vorschriften und Vorstösse von allerlei Gutmenschen und Angsthasen werden schon bald dafür sorgen, dass wir alle noch ganz entwaffnet und wehrlos gemacht werden.

Man setzt uns jetzt kräftig unter Druck und behauptet, die Schweiz werde aus dem Schengener Abkommen ausgeschlossen, wenn sie ihr Waffenrecht nicht anpasse. Was soll denn das?

«Schengen» sollte sowieso gekündigt werden

Der weitgehende Verzicht auf Grenzkontrollen hat dazu geführt, dass Kriminelle unbehelligt in ganz Europa herumreisen und ihrem «Geschäft» nachgehen können. Die polizeiliche Zusammenarbeit im Schengenraum vermag konsequente Kontrollen an der Landesgrenze nicht zu ersetzen. Sie ist aber durchaus sinnvoll.



Mit der neuen EU-Waffenrichtlinie werden die traditionellen Freiheitsrechte der Sportschützen eingeschränkt.

Der «Schweizer Demokrat» – Ihr Verdienst!

Gerade in diesem Wahljahr möchten wir Ihnen für die wertvolle Unterstützung danken. Dabei ermöglichen Sie die regelmässige Herausgabe des «Schweizer Demokraten». Diese ist aber weiterhin gefährdet, zumal unsere finanziellen Mittel jeweils nur knapp ausreichen. Sollte sich die Situation nicht ändern, müssten wir die jährliche Anzahl der Ausgaben mittelfristig massiv reduzieren. Zusammen mit Ihnen wollen wir diese Massnahme jedoch verhindern und möchten voller Kraft im Sinne unserer Sache voranschreiten. Gemeinsam – dank Ihnen – sind wir stark!

Ihre SD-Parteileitung

Mit oder ohne «Schengen» – niemand hat ein Interesse, uns von der polizeilichen Zusammenarbeit auszuschliessen und damit eine Sicherheitslücke mitten auf dem Kontinent zu schaffen.

Beim Steuerrecht liegen die Dinge etwas anders. **Hier haben gewisse Länder ein starkes finanzielles In-**

teresse, die Abwanderung von Steuerpflichtigen und Kapital in die Schweiz zu stoppen. Darum wurde unser Bankgeheimnis angegriffen, und das ist auch der Grund für die ausländische Einmischung in die hiesige Steuerpolitik. Natürlich ist «Steuervermeidung» nicht edel und

Fortsetzung Seite 2

**Schützentraktion erhalten – Grenzkontrollen wieder ermöglichen –
Nein zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie!**

Schluss mit der ausländischen Bevormundung

Fortsetzung von Seite 1

Steuerhinterziehung ist unfair

Doch wer – wie beispielsweise Deutschland – schon Normalverdienern 50% des Lohns abknöpft, ist selber schuld, wenn die Bürger ihr Ersparnis ins Ausland schaffen.

In unserem Parlament sitzen viele Handlanger von Konzernen und Wirtschaftsverbänden. Sie benützen den Druck aus dem Ausland als Hebel, um eine allgemeine Senkung der Unternehmenssteuern durchzuboxen, die sonst niemals mehrheitsfähig wäre.

Die Zeche dafür bezahlen die steuerpflichtigen Bürger, indem sie entweder auf staatliche Leistungen verzichten oder höhere Steuern bezahlen müssen. Ein erster Versuch zur angeblich zwingenden «Reform» der Unternehmenssteuern ist gescheitert, weil die Stimmberechtigten den Braten gerochen haben. Also hat man, um die linke Opposition zum Schweigen zu bringen, den zweiten Anlauf mit einer Zusatzfinanzierung für die AHV kombiniert. Nun müssen wir über eine Vorlage abstimmen, in der zwei Fragen verknüpft sind, die sachlich überhaupt nichts miteinander zu tun haben. Eine Volksinitiative mit diesem Inhalt würde sofort für ungültig erklärt, und das völlig zu Recht! Diese

Steuer-AHV-Mischvorlage ist verfassungswidrig

Sie ist auch sonst ein Riesen-



Auf Druck der OECD und der EU wollen Bundesrat und Parlament die Unternehmenssteuern (Bild: Paradeplatz in der Stadt Zürich) senken. Diese sogenannte STAF-Vorlage benachteiligt vor allem sozial schwache Schweizer.

«Bschiss». Dem Volk gehen 2 Milliarden Franken Steuern verloren, und als «Ausgleich» darf es zusätzlich mittels Steuer- und Beitrags erhöhungen die 2 Milliarden Franken bezahlen, die in die AHV fließen. Dies gilt auch für die Beitrags hälfte, die von den Arbeitgebern zu entrichten ist, denn diese betrachten die Lohnkosten als Ganzes. Sie werden ihren Anteil an den Mehrkosten wieder hereinholen, indem sie bei den Löhnen noch knausriger sind als heute.

Auf eine solche «Reform» verzichten wir gerne und sagen darum am 19. Mai zu beiden Abstimmungsvorlagen Nein.

Doch das allein reicht nicht, denn die Anhänger von Anpassung und Unterwerfung werden ihr Ziel, die freie Schweiz dem Ausland auszuliefern, weiterverfolgen. Es braucht eine entschlossene Gegenoffensive. Die EU ist keineswegs so stark

und übermächtig, wie die Anpasser es uns weismachen wollen. Ihre Mitgliedstaaten können sich kaum noch auf gemeinsame Entscheidungen einigen, sondern piesacken einander mit Vertragsverletzungsklagen und Sanktionsdrohungen. Vor einem solchen Gebilde brauchen wir uns nun wirklich nicht zu fürchten. Wir haben auch Mittel in der Hand, um wirksam dagegen vorzugehen. So hat etwa unsere Nationalbank in ihrem unsinnigen Bemühen, die eigene Währung zu schwächen, massenhaft Schweizer Franken produziert und damit ca. 500 Milliarden Euro gekauft. Dass dies keine Hyperinflation ausgelöst hat, ist ein kleines Wunder, zeigt aber auf, wie stark unser Land tatsächlich ist.

Warum werfen wir, wenn die EU wieder frech wird, nicht diese 500 Milliarden Euro kurzfristig auf den Markt?

Dann ist nicht nur der Euro weg, sondern wohl auch das EU-Problem endgültig gelöst.

Wenn wir nicht gleich so weit gehen wollen, gibt es auch mildere Methoden. Die EU mischt sich bekanntlich in die Budgetgestaltung ihrer Mitgliedstaaten ein. Italiens Regierung wurde mit Hinweis auf den Druck der «Märkte» dazu genötigt, ihr Budget Brüssels Wünschen anzupassen.

500 Milliarden Euro für Salvini

Schon bald wird Italien erneut unter den Druck der Hochfinanz geraten, indem diese höhere Schuldzinsen verlangt. Dann ist die Zeit gekommen, unseren Aussenminister Ignazio Cassis nach Rom zu schicken. Er müsste ein Angebot für einen zinslosen Kredit von 500 Milliarden Euro mit 50 Jahren Laufzeit unterbreiten. Es können auch 100 Jahre sein, das Geld müssen wir irgendwann sowieso abschreiben. Das tut uns auch gar nicht weh, denn es hat uns ja nichts gekostet, und die Nationalbank wird die Sorgen mit ihrer aufgeblähten Bilanz los.

Von Italien erwarten wir nur eine kleine Gegenleistung: Es verspricht uns, während der Laufzeit des Kredits keinen EU-Schikanen gegenüber der Schweiz zuzustimmen und hält uns den Meerhafen Genua jederzeit offen.

Wetten, dass Matteo Salvini einschlägt, wenn er dafür den Druck aus Brüssel loswird!

Zum Gedenken an Franz Weber

Am 2. April 2019 ist der bekannte Tier- und Umweltschützer Franz Weber, 91-jährig, in Bern für immer eingeschlafen. Seine Tochter Vera Weber teilte den Medien mit: «Ich habe meinen geliebten Vater sowie meinen Wegweiser im Kampf für eine lebenswerte Welt verloren!» Schon vor fünf Jahren hatte er seine Tochter Vera zur Nachfolgerin und Präsidentin der beiden bekannten Stiftungen «Fondation Franz Weber» und «Helvetia Nostra» bestimmt. Ab 1999 war sie zu seiner engsten Mitstreiterin geworden. Seit drei Jahren litt Franz Weber an Demenz, sonst war er durchaus noch bei guter Gesundheit, nur etwas ruhiger als früher. Vera Weber führt seither sein Lebenswerk mit viel Elan

und Enthusiasmus sowie einem motivierten Team weiter. Das grösste neue Projekt ist ihr Engagement für die kranken und geschundenen argentinischen Müllpferde, die vor dem Schlachthof gerettet, in den Gnadenhof «Equidad» gebracht und gesund gepflegt werden, währenddem man die Müllabfuhr mit motorisierten Sammelfahrzeugen ausrüstet. Aktuell kämpft sie auch gegen das geplante riesige Ozeanium Basel, weil dieses Projekt weder ökologisch noch ökonomisch nachhaltig sei. Am 19. Mai 2019 wird in Basel darüber abgestimmt.

Die frühen Jahre

Franz Weber, geboren 1927, wuchs in Basel auf. Seine geliebte Mutter

verlor er, als er 10-jährig war. Ihr Tod war die Folge eines ärztlichen Fehlers. Aus diesem tiefen Schmerz heraus entstand sein unermüdlicher Kampfgeist, gegen jegliche Ungerechtigkeiten vorgehen zu wollen. Nach einer kaufmännischen Ausbildung studierte er an der Pariser Universität Sorbonne Philosophie und Literaturwissenschaft, später arbeitete er als Journalist. In Paris befreundete er sich mit vielen berühmten Persönlichkeiten aus der Kulturszene.

Er reiste im Auftrag von deutschen und schweizerischen Zeitungen sowie Illustrierten in der ganzen Welt herum und berichtete über den Schutz von Natur und Landschaften.

Auf der Rückfahrt von einer Italienreise im Jahr 1965 erfuhr er bei einem Halt im Engadin von den überrissenen Bauplänen für Surlej, einem verträumten Weiler mit nur 30 Einwohnern am Silvaplannersee. Spontan beschloss er, gegen diesen «Naturfrevel» etwas zu unternehmen. Er startete eine intensive Medienkampagne und gründete den Verein «Pro Surlej», kaufte mit den Spenden Grundstücke, welche für die geplante Überbauung wichtig waren und erzwang für diese ein ewiges Bauverbot. Das Bauvorhaben musste aufgegeben werden. Der Kampf gegen die geplante Grossüberbauung für 25'000 Menschen in Surlej war seine erste grosse Aktion. Dieser Erfolg

gab ihm den Anstoss für seinen weltweiten 50-jährigen Einsatz zugunsten des Landschaftsschutzes.

«Fondation Franz Weber» und «Helvetia Nostra»

Im Jahr 1972 verhinderte er den Bau einer Autobahn entlang den Ufern des Sempachersees. Im Mai 1971, anlässlich der Lagebesprechung gegen die geplante Autobahn N2 zwischen Sempach und Sursee, begegnete er seiner zukünftigen Frau Judith, die ihn von nun an bei all seinen Projekten loyal unterstützte. 1974 heirateten die beiden und verlegten ihren Wohnsitz nach Montreux. Der aktive Basler gründete 1975 die «Fondation Franz Weber», die sich für Tier-, Natur- und Kulturdenkmalschutz einsetzt. Seine Stiftung erhielt Spenden aus der ganzen Welt. Diese ermöglichten ihm weitere spektakuläre Aktionen und Projekte.

Im Jahr 1977 gründete er «Helvetia Nostra», eine Tochterorganisation der «Fondation Franz Weber». Diese zweite Institution setzt sich für die gleichen Anliegen ein, jedoch ausschliesslich innerhalb der Schweiz.

1977 lancierte er eine Volksinitiative mit dem Namen «Rettet Lavaux», die den Bau von Wohnhäusern in den terrassenförmig angelegten Weinbergen verbieten wollte. Dies wurde vom Waadtländer Stimmvolk unterstützt. Später hat man jedoch diesen Artikel bei der Überarbeitung der kantonalen Verfassung ausser Kraft gesetzt und die Überbauung der Rebhänge des Lavaux ging weiter. Die zweite Initiative von Franz Weber, im Jahr 2005, welche die Wiedereinführung des Verfassungsschutzes forderte, wurde mit 81% aller Stimmen angenommen. Somit konnte man das Lavaux vor weiteren Überbauungen bewahren. 2007 wurden die wunderschönen Weinberge im Lavaux über dem Genfersee auf die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes gesetzt.

Erfolgreich für den Tierschutz

In den Jahren 1976 und 1977 reiste er mit der französischen Filmschauspielerin Brigitte Bardot nach Kanada, in das Gebiet von Labrador, um gegen das grausame Abschachten von Robbenbabys zu kämpfen. Diese Bilder wurden in vielen Zeitschriften veröffentlicht, sie erregten in der ganzen Welt grosses Aufsehen und sorgten für Popularität.



Franz Weber im Oberengadin (Bild aus seiner aktiven Zeit).

Dank dieser grossen Aufmerksamkeit war die Robbenjagd ab 1983 während 12 Jahren nicht mehr erlaubt, der Mord an den Robbenbabys wurde sogar komplett verboten.

Heute haben 35 Länder, auch die EU, die USA, Russland und die Schweiz ein Importverbot für Robbenprodukte verhängt. Weber gründete 1979 die Vereinten Tiersationen (United Animal Nations). Ihnen gehören heute 120 Mitgliederorganisationen aus vielen Ländern an. Der Tiergerichtshof führt öffentliche Prozesse bei schweren Vergehen gegen Tiere.

1981 bewahrte er das schöne Simmental vor dem Bau der Autobahn Simmental-Rawil. 1983 rettete er das historische Grandhotel Giessbach vor dem Abbruch und liess es stilgerecht restaurieren.

Schon drei Jahre später konnte das Hotel wieder eröffnet werden. Seither besuchen viele in- und ausländische Gäste das einmalige Belle Epoque-Hotel sowie die liebliche Gegend am idyllischen, türkisfarbenen Brienersee.

Weitere internationale Erfolge

1983 folgte Franz Webers erfolgreiche Kampagne gegen den Bau eines riesigen Wasserkraftwerkes an der Donau bei Wien. Konrad Lorenz war sein Mitstreiter. Wenige Tage vor der Abholzung der Donau-Wälder versammelten sich am 8. Dezember 1984 ca. 12'000 Menschen, um die Auen zu verteidigen.

Nach einer flammenden Rede von Franz Weber kamen weitere tausend Menschen, darunter auch viele Studenten aus ganz Österreich, um gegen das Kraftwerk zu protestieren. Das Mammutprojekt wurde schliesslich von der Regierung aufgegeben und die Hainburger Auen zum ersten österreichischen Nationalpark erklärt.

1987 rettete er die antiken Stätten von Delphi vor der Zerstörung. Man beabsichtigte, an dieser Stelle Bauxit abzubauen sowie ein Aluminiumwerk zu errichten. Aufgrund seiner Kampagne, unterstützt von Melina Mercouri und Marcello Mastroianni, gab die griechische Regierung schliesslich das Vorhaben auf und die alte Orakelstätte, umgeben von alten Olivenhainen, blieb erhalten. Zum Dank wurde ihm dafür im Jahr 1997 die Ehrenbürgerschaft von Delphi verliehen. 1989 schuf er in Australien ein Wildpferde-Reservat für verwilderte, unerwünschte Pferde, die von der Regierung zum Abschuss freigegeben wurden.

In Togo übernahm er das Management eines Nationalparks, da ihm besonders der Schutz der Elefanten und Nashörner am Herzen lag. Seine Vision war, den Elfenbeinhandel weltweit endgültig zu verbieten.

Unermüdlicher Opponent

Ab 1987 gab er die vierteljährliche Zeitschrift «Journal Franz Weber» heraus, worin über alle laufenden Projekte für Tier- und Naturschutz berichtet wurde. Er initiierte 150 Kampagnen zur Rettung von Tieren, Landschaften und Kulturdenkmälern. Die meisten dieser Aktivitäten waren von Erfolg gekrönt. Auch lancierte er 33 eidgenössische und 15 kantonale Volksinitiativen.

Seine eidgenössische Volksinitiative «Gegen Kampffjetlärm in Touristengebieten» wurde leider im Jahr 2008 mit 68,1% der Stimmen von Volk und Ständen abgelehnt. Ebenfalls die Initiative für mehr Demokratie im Nationalstrassenbau (1978) und für die Abschaffung der Vivisektion (1985) verwarf das Stimmvolk.

Weitere internationale Kampagnen wie «Stopp dem Stierkampf», «gegen Schlachttiertransporte durch Europa», «Schutz der Zugvögel», «Schutz der Elefanten» etc. waren nur teilweise erfolgreich. Er sah sich immer als Weltenbürger und Umweltschützer für den gesamten Globus und war ein leidenschaftlicher Einzelkämpfer mit einem ausgeprägten Sinn für Ethik. Für seine unerermüdlichen Aktivitäten erhielt er zahlreiche internationale Auszeichnungen: 1978 den Deutschen Naturschutzpreis, 1979 die deutsche Umweltmedaille, 1981 den Europa-Preis für Landespflege, 1986 die Hans-Adalbert-Schweiggart-Medaille vom Weltbund zum

Schutz des Lebens und 2007 krönte der «Tierwelt-Preis» sein Lebenswerk.

Mehrheit für Begrenzung der Zweitwohnungen

Während er im Ausland sehr geschätzt wurde, schaffte er sich durch seine Aktionen zahlreiche Feinde im eigenen Land, besonders im Wallis. Dort wurde er einmal mit Jauche übergossen, öfters beleidigt und angegriffen, ja sogar einmal inhaftiert. Doch er liess sich nicht entmutigen und setzte sich weiterhin mit Herzblut für seine Überzeugung ein.

Im Jahr 2012 wurde seine Initiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen» von 50,6% der Schweizer Stimmbürger angenommen, weil in einigen touristischen Orten der Anteil der Zweitresidenzen die 80%-Marke überschritt.

Jede Gemeinde darf nun nur noch eine Höchstquote von 20% für den Bau von Zweitwohnungen proportional zu den bestehenden Gebäuden bewilligen. Seine Tochter Vera führte damals zum ersten Mal den Abstimmungskampf. Mit ihren genialen Kampagnen und sympathischen Auftritten überzeugte sie das Volk. Franz Weber gab auch einige Bücher heraus wie «Die gerettete Landschaft. Wie ein einzelner der Zerstörung Einhalt gebieten kann.», «Das gerettete Paradies» oder «Rebell für die Natur». Im Jahr 2009 erschien sein letztes Buch «Friede mit der Schöpfung. Mein Naturverständnis».

Vorbild für die Zukunft

Der Schweizer Umweltaktivist gilt weltweit als mutiger, unerermüdlicher und weitsichtiger Pionier und Rebell in Sachen Umweltpolitik. Die Schweiz hat ihm viel zu verdanken!

Die Schweizer Demokraten (SD) haben grosse Achtung für diesen unerschrockenen, hartnäckigen Kämpfer, der für den Schweizer Landschaftsschutz so viel erreicht hat. Seine Initiativen haben wir unseren Parteimitgliedern beinahe immer zur Annahme empfohlen.

Wir wünschen seiner Nachfolgerin Vera Weber viel Kraft, Glück und Erfolg für die Fortführung seines Lebenswerkes! Eine öffentliche Gedenkfeier für den unvergesslichen Umweltaktivisten wird Anfang Sommer im Grandhotel Giessbach stattfinden.

Margrit Neukomm,
Zentralvizepräsidentin, Bern

Moratorium für 5G-Antennen

Jedes Jahr verdoppelt sich die Datenmenge, welche über das Mobilfunknetz übertragen wird. Die heutige Technologie stösst langsam an ihre Grenzen. **Deshalb drängen sämtliche Mobilfunkanbieter darauf, den sogenannten Mobilfunkstandard der 5. Generation (genannt 5G) einzuführen. Beinahe unbemerkt haben Swisscom und Sunrise 300 neue 5G-Antennen installiert und bestehende 4G-Antennen aufgerüstet. Bis Ende Jahr plant Swisscom, 90% der Schweizer Kunden mit der 5G-Technik zu versorgen.** In einem ersten Schritt werden sie in ähnlicher Frequenz wie die 4G betrieben, doch mittelfristig nutzt man höhere Frequenzen. Bisher waren diese bei 2,6 Gigahertz (GHz), dann wird auf 6 GHz und später sogar auf 100 GHz erhöht. Die Reichweite der Wellen ist bei 5G allerdings geringer und benötigt ein engermaschigeres Netz, was zusätzliche Sendemasten erfordert, da die bestehenden 4G-Antennen nur bedingt auf 5G aufgerüstet werden können. **In 54 grösseren Orten sollen 102 Standorte für den Bau von 5G-Antennen gefunden werden, dafür ist jedoch eine Baubewilligung der betroffenen Gemeinde vorgeschrieben.**

Dies erweist sich als schwierig, weil der Widerstand in der Bevölkerung ständig wächst und die vielen Einsprachen den Ausbau verzögern. Es sind gesamthaft 15'000 neue Anlagen erforderlich, was Swisscom, Sunrise und Salt mindestens 4 Milliarden Franken kosten wird.

Swisscom und Sunrise haben kürzlich im Raum Zürich einen Testlauf gestartet, doch die 5G-Antennen senden vorerst noch auf 4G+-Frequenzen.

Propaganda für neue Technologie

Die Anbieter loben die neue 5G-Technik, sie sei schneller, zuverlässiger und leistungsfähiger. Die Reaktionszeit steigere sich von 25 – 38 Millisekunden der 4G auf nur eine Millisekunde bei der 5G. Dadurch wird das Surfen um ein Vielfaches schneller und die Kapazität der Datenübermittlung zehnmal effizienter. Ganze Filme könnten in Sekundenschnelle heruntergeladen werden und eine verzögerungsfreie Kommunikation wäre in Echtzeit möglich. **Daraus ergäben sich unzählige Vorteile, zukunftsweisende Möglichkeiten und grosse Chancen, etwa für**



Die gesundheitlichen Risiken der 5G-Technologie sind immens.

selbstfahrende Fahrzeuge, die Medizin und die Industrie.

Weltweit führt man die 5G-Technologie flächendeckend ein, was besonders für die Wirtschaft wichtig sei, die Schweiz müsse deshalb unbedingt mithalten. Für den einzelnen Privatkunden bietet 5G gegenüber dem alten System aber nur minimale Vorteile.

Neue 5G-fähige Smartphones sind natürlich nötig und die Kosten für das Abonnement werden teurer.

Politischer Streit um Grenzwerte

Das 5G-Netz ermöglicht eine ultraschnelle Datenübertragung, verursacht jedoch auch eine höhere Strahlung. Die Mobilfunkanbieter fordern bereits seit Jahren eine Lockerung der Grenzwerte. Eine von e. Bundesrätin Doris Leuthard eingesetzte Arbeitsgruppe des Bundesamtes für Umwelt (BAFU) diskutiert immer noch über die zukünftigen Anlagegrenzwerte. Bis Mitte 2019 sollen ihre Empfehlungen publiziert werden. Auch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) arbeitet schon länger an einer neuen Studie über die 5G-Strahlung, doch auch hier fehlen noch wissenschaftliche Aussagen über die Schädlichkeit.

Ein politischer Vorstoss zur Anhebung der Grenzwerte scheiterte im Jahr 2018 im Ständerat nur knapp.

Unsere Grenzwerte sind so tief, dass die ultraschnelle 5G-Technologie nicht funktionieren würde. Bei einer Erhöhung könnten die meisten der bestehenden Antennen kostengünstiger aufgerüstet

werden. Ohne eine Lockerung der Höchstwerte sei es unmöglich, dieses neue Mobilfunksystem einzuführen, argumentieren die Anbieter.

Gesundheitliche Risiken

Es gibt verschiedene gesundheitliche Bedenken zu den höheren Frequenzen, da die kürzeren Wellen weniger tief in den Körper eindringen, andererseits aber die Haut stärker belasten. Dies bewirkt eine Erwärmung des Körpergewebes, was Hautkrebs verursachen kann. **Laut verschiedenen Wissenschaftlern könnte diese Strahlung Krebs, Alzheimer, Genschäden, Unfruchtbarkeit sowie Lern- und Gedächtnisdefizite hervorrufen. Hypersensible Menschen würden oftmals auch an Kopfschmerzen, Schlafstörungen, Depressionen, Erschöpfung und Energiemangel leiden.**

180 Wissenschaftler aus 36 Ländern haben in einem offenen Brief mit dem Titel «5G-Appell» einen Ausbaustopp für das 5G-Netz gefordert. Sie warnen davor, Millionen von Menschen einem solchen Experiment auszusetzen, mit ungewissen Folgen für die Gesundheit. Sie fordern ein weltweites Moratorium.

Der Berliner Biochemiker Franz Adlkofer untersuchte jahrelang, wie sich die Mobilfunkstrahlen auf die Gesundheit auswirken. **Er kam**

zum Schluss, dass sie sehr schädlich sind und nicht nur Krebs begünstigen, sondern viele andere negative Auswirkungen auf Mensch, Tier und Natur haben. Auch die Schweizer Ärzte warnten in einer Medienmitteilung vor einer Einführung von 5G, bevor die Risiken besser abgeklärt sind. Einige Wissenschaftler brachten auch das Bienensterben mit den Mobilfunkstrahlen in Verbindung.

Moratorium gefordert

Bis jetzt haben die Kantone Waadt, Genf und Jura den Bau von neuen Antennen sistiert. Ihre Parlamente forderten die jeweilige Regierung auf, für die weiteren Installationen von 5G-Antennen ein Moratorium zu prüfen. Die Auswirkungen der hohen Frequenzen sollten zuerst noch genauer untersucht werden. **Der Widerstand wächst auch in der Deutschschweiz immer mehr. Auf nationaler Ebene spricht sich die Schaffhauser SP-Nationalrätin Martina Munz für ein schweizerisches Moratorium aus.** Ihre Argumente sind: «Es brauche mehr Zeit, um all die offenen Fragen abzuklären, wie den Schutz von Mensch und Tier, eine möglichst geringe Strahlungsbelastung und die Haftung bei allfälligen Schäden.» Erst wenn die neuen Grenzwerte festgesetzt worden sind, ist klar, wie es weitergeht.

Bevor weitere 5G-Antennen gebaut werden, muss man unbedingt überprüfen, was für nachteilige Folgen diese neue Technologie mit sich bringt. Es ist unverantwortlich, sie erzwingen zu wollen, falls sie sich später als schädlich erweist und nicht mehr rückgängig gemacht werden kann!

Der Druck der Mobilfunkanbieter ist gross, doch lassen wir uns nicht von ihnen erpressen. Möchten wir wirklich die Gesundheit unserer Bevölkerung riskieren, **nur weil wir eine schnellere Datenübertragung im Internet wollen? Aus diesen genannten Gründen setzen sich genauso die Schweizer Demokraten (SD) für ein Moratorium ein.**

*Margrit Neukomm,
Zentralvizepräsidentin, Bern*

Aufgepasst!

Der «Schweizer Demokrat» gehört nach dem Lesen nicht ins Altpapier. Bitte die Zeitung an Freunde und Bekannte weitergeben oder an einem belebten Ort (Restaurant, Wartsaal, usw.) mit dem Zeitungsnamen nach oben liegen lassen... für den nächsten interessierten Leser!

Eurafrika rückt immer näher

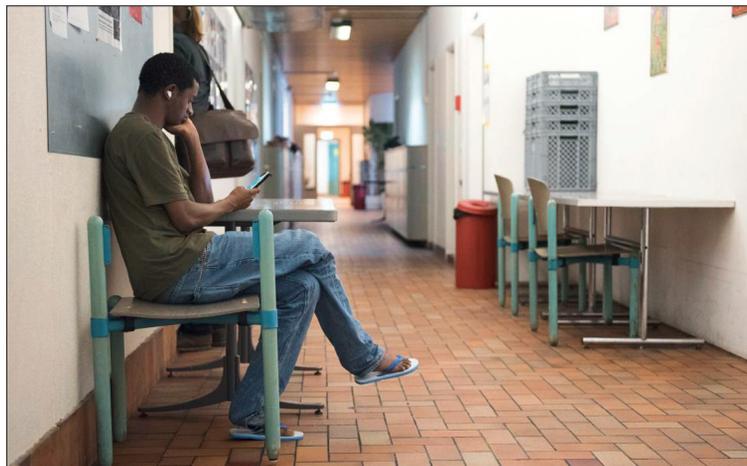
Die beiden Kontinente Europa und Asien bilden die grösste zusammenhängende Landmasse der Erde, nämlich ein Drittel der festen Erdoberfläche, und werden von ca. vier Fünftel der Erdbevölkerung bewohnt. Deshalb werden sie auch Eurasien genannt.

Ich befürchte allerdings, dass man bald von Eurafrika sprechen muss, wenn es so weitergeht.

Bevölkerungsmässig sieht es zwar wohl anders aus, denn die Bevölkerung der beiden Riesenstaaten China und Indien mit je ca. 1,3 Milliarden Menschen wird auch die sich stark vermehrenden Schwarzafrikaner nicht so leicht übertreffen können. Aber für Europa – gemeint ist vor allem Westeuropa – bringt die masslose Einwanderung aus Afrika ein noch drastischeres Problem. **Während in Westeuropa die Geburtenrate bei 1,3 bis 1,4 Kindern pro Paar liegt, beträgt sie bei Leuten aus Afrika ein Mehrfaches davon (ca. 4 bis 6 Kinder). Wenn man bedenkt, dass es zur Aufrechterhaltung einer Population ungefähr 2,2 Geburten pro Paar braucht, ist leicht vorauszusehen, wie sich die Lage für Westeuropa langfristig entwickelt.**

Die europäische Bevölkerung schrumpft unaufhaltsam, während die Afrikaner in Europa gewaltig zunehmen, und zwar bei Weitem nicht nur durch Einwanderung, sondern vor allem aufgrund der erwähnten deutlich höheren Geburtenrate.

Aber die «normale» Zuwanderung aus Afrika (wenn man das, was in den letzten Jahren in Europa geschieht noch normal nennen



Nicht selten scheitert die Integration von sogenannten «Resettlement-Flüchtlings».

kann) genügt der Schweiz und zum Teil auch ganz Westeuropa offenbar noch nicht.

Humanitäre Visa und Resettlement-Programme

Im Badener Tagblatt war ein grosser Artikel zu lesen mit dem Haupttitel «Zu traumatisiert zum Arbeiten» und dem Untertitel «Flüchtlinge: Die Schweiz evakuiert Menschen direkt aus Krisengebieten. Integration ist schwieriger als erwartet».

Was man in diesem Artikel lesen kann, ist dermassen unfassbar, dass ich einige Absätze wörtlich wiedergeben muss: «In Europa sinken die Asylzahlen und plötzlich schafft es ein altes Thema zurück auf die politische Agenda: Legale Fluchtwege nach Europa. Letzte Woche hiess das Europäische Parlament in Strassburg einen Vorschlag gut, wonach Verfolgte künftig in den Krisengebieten direkt um Schutz in Europa

bitten können.» (Gemeint sind damit die Schaffung von sogenannten humanitären Visa, um direkt in ein europäisches Land einreisen zu können und dort um Asyl zu bitten.) **Des Weiteren ist wörtlich zu lesen: «Einen anderen regulären Fluchtweg nach Europa und die Schweiz bieten sogenannte Resettlement-Programme der UNO-Flüchtlingsorganisation UNHCR.» Dass die Schweiz natürlich kräftig mitmacht, verwundert wirklich nicht mehr.** Zudem ist im Artikel wörtlich vermerkt:

«Die Auserwählten werden auf ihre neue Heimat, die Schweiz, über Monate vorbereitet. Dabei wird auch abgeklärt, ob sie willig sind, sich hierzulande auch tatsächlich zu integrieren.»

Weiter steht im Artikel wörtlich: «Resettlement-Flüchtlinge mussten immerhin ihre Absicht erklären, sich integrieren zu wollen. So das optimistische Signal der Kantone und Gemeinden.»

Integration nicht gelungen

Wie naiv muss eigentlich eine Regierung sein (in diesem Fall «unsere» sieben Bundesräte, die sich sonderbarerweise «Landesväter» nennen), um auf eine solche Scheinvereinbarung hereinzufallen.

Glaubt jemand wirklich, diese Leute würden offen zugeben «Nein – wir denken gar nicht daran, uns zu integrieren»?

So ist es dann auch gekommen. Im erwähnten Artikel steht wörtlich: «Nur sind die Hoffnungen in die Integrationsfähigkeit der umgesiedelten Flüchtlinge gerechtfertigt? Nicht ganz, wie eine vor Kurzem veröffentlichte Evaluation des Bundes zeigt.»

Statt der beiden Wörter «nicht ganz» müsste man wohl eher schreiben «wenig bis gar nicht». Noch ein weiterer Tiefpunkt folgt in diesem Artikel (wörtlich): «Zwar zeigten sich die befragten Fachpersonen des Projekts generell zufrieden, gerade die durchgehende Betreuung durch Coaches habe eine Verbesserung herbeigeführt.»

Es ist wohl logisch, dass diese «Fachpersonen» nicht ihre eigene gut bezahlte Arbeit kritisieren.

*Dr. Dragan Najman,
e. Grossrat, Baden*

Über 50 – arbeitslos

Mir ist aufgefallen, dass relativ viele über 50-jährige Schweizer bei Grosskonzernen oder international ausgerichteten KMU arbeiten wollen. **Solche Unternehmungen stellen jedoch eher Ausländer an.** Bei Novartis in Basel sind es beispielsweise etwa 75%. **Zudem verfügen diese Firmen tendenziell über zu viel Personal, sodass ohnehin immer wieder Stellen abgebaut werden. Das Angebot schrumpft somit weiter.** Diese über 50-Jährigen leben in einer Art Traumwelt. Ihr Traumjob wird es zukünftig kaum mehr geben.

Da hingegen die kleinen KMU zahlreiche Arbeitsplätze schaffen, sollten sich Stellensuchende in diese Richtung orientieren. Allerdings müssen sie dann mit tieferen Löhnen oder Teilzeitstellen vorliebnehmen. Ansonsten droht die Aussteuerung. So sieht also die Zukunft der über 50-Jährigen aus. Es gibt Institutionen, die sich für ältere Arbeitslose einsetzen. Dennoch dürfen diese Personen nicht mehr einer vergangenen Welt nachtrauern und müssen verstehen, was heute geschieht.

Walter Huber, Basel

Abonnements- und Mitgliederbeitragsrechnung

Als Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) bekommen Sie jeweils zwei Rechnungen: Anfang Jahr erhalten Sie eine Rechnung für das **Jahresabonnement der Zeitung von Fr. 45.–.** Dieser Betrag wird immer der Zentralkasse gutgeschrieben.

Zwischen März und Juni folgt dann die Verrechnung des **Mitgliederbeitrags (meistens Fr. 50.–).** Dieser Betrag wird der Kasse Ihrer kommunalen oder kantonalen Sektion (je nach Kanton auch die Zentralkasse) gutgeschrieben.

Beide Rechnungen werden einmal pro Jahr zugestellt.

SD-Redaktion

**Das Referendum gegen die Erweiterung der Rassismus-Strafnorm ist zustande gekommen!
Die SD werden diese weitere Einschränkung der Meinungsfreiheit an der Urne aktiv bekämpfen!**

Reizthema Krankenkassenprämien

Jedes Jahr müssen wir höhere Krankenkassenprämien bezahlen. Die politische Klasse sowie die Medien werten es als Erfolg, wenn die Prämien einmal prozentual weniger stark als in den Vorjahren ansteigen. Dies ist ein eindeutiger Indikator, dass etwas komplett falsch läuft. **Sämtliche Politiker stehen sich seit jeher aus der Verantwortung und lassen die Bereitschaft, ganzheitliche Lösungen zu finden, sträflich vermissen. Jegliche Diskussionen sind von reinem Lobbyismus geprägt.** Zudem werden in den laufenden Debatten fragwürdige Aussagen gemacht. So behauptet man beispielsweise, dass die Pharmaindustrie unter Druck steht. **Dabei ist es doch gerade diese Branche, welche auf unserem Buckel Milliarden Gewinne generiert.** Beinahe jeder Mensch hat im Prinzip ein gesundheitliches Problem. Natürlich bezahlt man für Medikamente einen entsprechenden Preis. Warum sind diese aber um ein Mehrfaches teurer als im Ausland? Es gilt an dieser Stelle, zuerst einmal die grundsätzlichen Gegebenheiten anzuschauen.

Armutsgefahr durch hohe Prämien

Im Jahr 1994 reformierte man das schweizerische Gesundheitssystem. Der Abschluss einer Krankenversicherung wurde zum Obligatorium erklärt, doch im Gegensatz zur AHV oder der Arbeitslosenversicherung muss der Unternehmer seinen Angestellten nichts bezahlen; der Arbeitnehmer trägt die Prämienlast, die Franchise und den Selbstbehalt selbst.

Kann hingegen jemand die Rechnungen nicht mehr bezahlen, so helfen Prämienverbilligungen, sofern der Wohnkanton des Versicherten bei diesem Budgetposten keine Sparmassnahmen vorgenommen hat.

Erfreulicherweise darf ein Kanton gemäss einem Bundesgerichtsentscheid die Einkommensgrenze nicht beliebig nach unten anpassen. Das sind gute Nachrichten für den Mittelstand. Das Obligatorium führte jedoch von Anfang an zu höheren Prämien. Selbstverständlich wäre es dennoch falsch, dieses aufzuheben. Damit würde eine Zweiklassengesellschaft geschaffen.



Immer mehr finanziell schwache Personen können ihre Krankenkassenprämien nicht mehr bezahlen. Zugleich wollen die Kantone bei den Prämienverbilligungen sparen.

Allerdings verfügen heute viele Personen nur noch über eine allgemeine Versicherung, weil sie sich ein privates oder halbprivates Angebot nicht mehr leisten können.

Ausserdem verlieren die Löhne jährlich an Kaufkraft, zumal diese weniger stark steigen als die Prämien, was katastrophale Folgen mit sich bringt. Am Ende des Monats fehlt das nötige Geld für bisherige Einkäufe. Der Gesamtkonsum geht entsprechend zurück. Das schadet insbesondere den Kleinunternehmen, die durchaus Produkte in guter Qualität verkaufen, jedoch zu einem höheren Preis als der Discounter. Das sogenannte Lädelerben ist tatsächlich nicht nur ein strukturelles Phänomen. Immer mehr Menschen müssen sich ihr Geld sorgfältig einteilen und auch verzichten, selbst bei Lebensmitteln.

Es ist ein Fakt, dass genauso in einem der angeblich reichsten Länder der Welt die Armut und die Abstiegsgefahr des Mittelstandes eine Realität darstellt, verursacht durch eine schlechte Politik und Medien, die laufend darüber berichten, wie gut es doch allen geht in der Schweiz.

Es handelt sich um eine fatale Darstellung der Gesellschaft. Diese wird zunehmend ärmer und steht massiv unter Druck.

Falsche Massnahmen

Die realen Gesundheitskosten steigen ebenfalls. Immer mehr Personen fühlen sich bei der Arbeit aufgrund der Profitgier der Unternehmer überfordert. Diese verlieren die Menschlichkeit teilweise aus den Augen. **Als Folge davon entstehen vermehrt Burnouts, Depressionen und sonstige psychische Krankheiten. Solche Leute haben im Falle eines Stellenverlustes kaum noch eine Chance, einen neuen Arbeitsplatz zu finden.** Sie werden unter anderem durch Billiglohnarbeiter aus dem Ausland ersetzt. Die Globalisierung hat den Arbeitnehmern nur Nachteile gebracht. Betrachtet man wiederum die Gesundheitskosten als solches, so konzentriert sich die Politik lediglich auf Patienten, die mehr bezahlen sollen. Dieser Fokus lässt sich bei den bürgerlichen Parteien deutlich erkennen. Nur die rot-grünen Vertreter möchten bei der Pharmaindustrie ansetzen. Da sie allerdings in der Minderheit sind, haben sie kaum eine Chance, etwas zu ändern.

Selbst bei den immensen Arztkosten (es gibt Ärzte, die jährlich über eine Million Franken verdienen) will die bürgerliche Allianz keine Anpassungen vornehmen. Wenn man zudem dieses Thema in der Öffentlichkeit diskutiert, wird man als Neider diffamiert.

Der Zürcher SVP-Nationalrat Alfred Heer sagte sogar, dass alle, welche die Arztlöhne einschränken

wollen, primitiv seien. Da ist man nur noch sprachlos. **Lediglich den Ärzten, die schwere Operationen durchführen, gönnt man einen solchen Lohn. Bei allen anderen ist hingegen ein Salär von einer Million Franken definitiv zu hoch.** Wirklich «primitiv» war dagegen der Vorschlag, die Gesundheitskosten zu entpolitisieren. Dieses Konzept von SVP und FDP sah vor, bei überdurchschnittlich steigenden Prämien automatisch die Mindestfranchise um Fr. 50 zu erhöhen.

Wenn wir also mehr Prämien bezahlen müssen, dann sollen wir auch noch höhere Franchisen akzeptieren. Dieser Ansatz ist typisch für bestimmte bürgerliche Parteien, welche hauptsächlich finanziell Besergestellte vertreten.

Doch plötzlich realisierte in der Parlamentsdebatte die SVP vor der Schlussabstimmung, dass wir im Jahr 2019 ein Wahljahr haben und stimmte letztendlich gegen das Ansinnen.

Mögliche Lösungen

Was gäbe es nun für Lösungsansätze? Eine Verteilung der Lasten wäre anzustreben. Wie bei der AHV und der ALV sollte sich der Arbeitgeber an den Kosten beteiligen. Ausserdem ist die SP-Initiative von der Bevölkerung anzunehmen. **Darin fordern die Initianten, dass maximal 10% des Lohnes der Versicherten für Gesundheitskosten ausgegeben wird; alles darüber wird untersagt.**

Des Weiteren müsste man den Politikern, die den Gesundheitskommissionen angehören, sämtliche Mandate im Gesundheitswesen respektive bei den Krankenkassen verbieten. Zudem sollte das Kommissionsgeheimnis aufgehoben werden.

Letztlich fordern wir, dass die Politiker die Pharmaindustrie, die Ärzte, die Spitäler und die Krankenkassen auch dazu verpflichten, die finanzielle Belastung möglichst niedrig zu halten.

Jungaktivist* der SD Kanton Bern
*Name der Redaktion bekannt

Das neue Jagdgesetz torpediert den Schutz bedrohter Tierarten.

Non aux Pactes de l'ONU sur les migrations et les réfugiés (suite)

La suite de la première partie du dernier numéro.

Que faut-il entendre par «non contraignant» (on parle aussi de «droit mou» ou de «soft law»)? Simple-ment que l'ONU n'oblige pas les Etats à intégrer le contenu des traités dans leur droit interne; ainsi, les accords n'étant pas directement applicables (direkt anwendbar, unmittelbar anwendbar, ou «self-executing»), le migrant ne peut pas s'en prévaloir devant l'administration ou les tribunaux pour revendiquer des droits dans son pays d'accueil. Rien de plus.

Il est toutefois évident que, si la Suisse venait à signer et à ratifier ces deux accords internationaux (ou l'un d'eux seulement), les milieux étrangers n'auraient cessé de demander que le droit interne soit modifié en conséquence. Jusqu'à obtenir satisfaction.

Or, les fonctionnaires et les juges sont tenus d'appliquer la loi. Il est en outre à craindre que les tribunaux s'inspirent des principes du pacte pour l'interprétation du droit en vigueur (donc avant même toute modification législative).

Mais ce n'est pas tout. Chacun des traités en question serait soumis au référendum facultatif selon l'art. 141 de la Constitution fédérale, si la Suisse venait à le signer. Or, l'art. 141a al. 2 de la Constitution prévoit que, «Lorsque l'arrêté portant approbation d'un traité international est sujet au référendum, l'Assemblée fédérale peut y intégrer les modifications de lois liées à la mise en œuvre du traité». Cela veut dire que la seule signature de l'un de ces traités ouvrirait la porte aux modifications législatives requises par les milieux étrangers en faveur de la clientèle visée par le pacte en question.

Dans ce cas, le droit interne modifié de la sorte et l'accord international pourraient même entrer en vigueur simultanément. Tout dépendra alors de l'issue de la votation populaire. La menace est immense.

A une époque où la Suisse est submergée d'étrangers qui viennent



chez nous au titre de la prétendue «libre circulation», qui inclut le regroupement familial pour les membres de la famille ressortissants d'Etats tiers, il faut absolument contenir les migrations d'origine extra-européenne. L'aberration de ces traités est justement de les faciliter au lieu de les juguler.

Quant aux coûts de l'immigration, pensons au chômage, à la criminalité, aux atteintes à l'environnement, à la surcharge des infrastructures, aux pressions sur les salaires et à la pénurie de logements. Ainsi qu'aux tensions sociales.

Alors qu'environ 54'700 étrangers de plus sont entrés en Suisse en 2018 par rapport aux départs, soit une augmentation de 2,9% comparativement à 2017. Au bout du compte, 2'081'169 étrangers vivaient en Suisse à la fin 2018, comme l'a fait savoir le Conseil fédéral le 15 février 2019. Sans oublier que, toujours en 2018, 42'225 étrangers ont été naturalisés.

Il y aurait beaucoup à dire sur le contenu du pacte sur les migrations mais le volume de notre modeste journal pose hélas des limites (nous tenons le texte entier de l'accord à la disposition de nos lecteurs). **D'une manière générale, ce traité est rédigé dans une prose administrative qui assène des principes et des poncifs généraux, alors que l'essentiel est souvent tapé au détour d'un paragraphe. Il faut donc le lire avec une attention soutenue.** L'orientation générale du pacte est exprimée en ces termes: «Les migrations ont toujours fait partie de l'expérience humaine

depuis les débuts de l'Histoire, et nous reconnaissons qu'à l'heure de la mondialisation, elles sont facteurs de prospérité, d'innovation et de développement durable et qu'une meilleure gouvernance peut permettre d'optimiser ces effets positifs» (ch. 8).

Ces assertions aussi gratuites qu'infondées en disent long sur l'orientation du pacte. **Avec de tels poncifs, on peut justifier n'importe quelle ouverture des frontières et juguler toute opinion divergente.**

L'idéologie exprimée par cette prose est précisément ce que nous combattons depuis la création de notre parti.

Car nous, Suisses, disons que, non, ce n'est pas à nous de prendre en charge les prestations sociales versées aux migrants; que nous n'avons pas à subir le bétonnage de notre pays pour leur fournir des logements (et des prisons); que nous devons avoir la priorité absolue à l'embauche; que nous n'acceptons pas que nos enfants soient scolarisés dans des classes surchargées par des jeunes migrants; que les abus à l'aide sociale et la criminalité doivent être d'abord prévenus

par des contrôles aux frontières et par des expulsions. **Vous avez dit «non contraignant»? Nous n'avons pas fini d'en parler.**

Comptez sur nous pour que ce soit notre victoire en votation populaire qui soit contraignante pour nos ennemis.

Pierre-Maurice Vernay, secrétaire des DS Vaud, Le Bouveret

PS: Peu avant de mettre sous presse, nous apprenons que le Conseil fédéral a, lors de sa séance du 10 avril 2019, confirmé les mesures décidées le 30 avril 2018 déjà, à savoir la hausse du «forfait d'intégration» de Fr. 6'000.- à Fr. 18'000.- pour les personnes bénéficiant de l'admission provisoire et les réfugiés. On appelle cela l'«Agenda Intégration Suisse». Le but avoué est de favoriser le travail des étrangers. Cela illustre l'esprit du Pacte de Marrakech, indépendamment même de savoir si la Suisse adhèrera à cet accord ou pas. Le problème est donc très concret. Entrées en vigueur le 1er mai 2019, ces mesures occasionneront un coût total supplémentaire de 132 millions de francs par an, sur la base de 11'000 admissions provisoires ou octrois d'asile. Malgré le frein aux dépenses. On est donc passé de 66 à 198 millions de francs par an. La consultation qui s'est déroulée de septembre à décembre 2018 n'a pas permis de corriger le tir. Que ne pourrait-on pas faire avec cet argent, plutôt que de le galvauder pour une clientèle étrangère? Il aurait été intéressant de faire passer en votation populaire cette dépense de 198 millions en faveur des milieux de l'asile, ou même uniquement le supplément de 132 millions. A noter que le Conseil fédéral s'est opposé à l'initiative sur les vaches à cornes notamment parce que son acceptation aurait coûté entre 10 et 30 millions par an (sur un budget fédéral d'environ 70 milliards par an), comme cela ressort du livret de la votation du 25 novembre 2018. Notez la différence d'ordre de grandeur.

Consignes de vote pour les votations fédérales du 19 mai 2019

- Non à la loi fédérale relative à la réforme fiscale et au financement de l'AVS (RFFA)
- Non à l'arrêté fédéral portant approbation et mise en œuvre de l'échange de notes entre la Suisse et l'UE concernant la reprise de la directive (UE) 2017/853 modifiant la directive de l'UE sur les armes (Développement de l'acquis de Schengen)

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10

Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach
3001 Bern

Redaktoren:
Adrian Pulver,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)
Rudolf Keller, e. Nationalrat/
e. Landrat, Frenkendorf
Dr. D. J. Najman, e. Grossrat, Baden
Valentin J. Oehen, e. Nationalrat,
Nottwil
Margrit Neukomm, Bern

**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der
Schweizer Demokraten (SD)
werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
___ Ex. SD-Zeitungen zum
Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

Telefon/Natel: _____

E-Mail: _____

Datum/
Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Grüne Volkspartei: Neue Alternativen sind unnötig

In der heutigen Ausgabe der Gratiszeitung «20 Minuten» ist von Gesprächen zwischen SVP- und Ecopop-Exponenten die Rede. Letztere sondieren offenbar nach Interessenten für eine sogenannte grüne Volkspartei. Die Schweizer Demokraten (SD) erkennen in diesen Absichten keine mittelfristig gewinnbringende Massnahme, zu-

mal es unter den ökologisch orientierten SVP-Mitgliedern kaum prominente oder gar einflussreiche Vertreter hat. Vielmehr sollte man sich die Frage stellen, was solche Personen dazu veranlasst, nicht die Partei zu wechseln. Selbst bescheidene Karriereziele werden ihnen nämlich immer verwehrt bleiben.

Die SD vertreten jedoch seit jeher als einzige Partei, die nicht dem rot-grünen Spektrum angehört, diese ökologischen Positionen und könnten daher der angesprochenen SVP-Basis eine politische Heimat bieten.

Adrian Pulver,
SD-Zentralsekretär, Bern

Institutioneller Rahmenvertrag: Kein gangbarer Weg

Obwohl sich die Diskussion über den institutionellen Rahmenvertrag vor allem um dessen Bestandteile dreht, ist ein solches Abkommen für die Schweizer Demokraten (SD) keine Option. Die Schweiz würde damit EU-Recht übernehmen und das Volk verlöre die Möglichkeit, sich bei allfälligen Änderungen entsprechend zur Wehr zu setzen (Referendumsrecht).

Ergäben sich infolge neuer Regelungen Streitigkeiten, so hätte jeweils der Europäische Gerichtshof (EuGH) das letzte Wort. Das vor-

gesehene Schiedsgericht ändert nichts daran.

Des Weiteren müsste man wohl den Lohnschutz, der im Rahmen der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit ausgehandelt wurde, empfindlich einschränken. Ohne diesen Mechanismus wären die einheimischen Arbeitnehmer dem Lohndumping schutzlos ausgeliefert. Auch die Unionsbürgerrichtlinie darf die Schweiz nicht einführen, zumal ein noch stärkeres Bevölkerungswachstum damit verbunden wäre. EU-Bürger könnten rascher von

den hiesigen Sozialwerken profitieren, was ein immenser Anstieg der Kosten zur Folge hätte.

Letztlich ist genauso die EU daran interessiert, mit der Schweiz Handel zu betreiben. Deshalb käme es niemals zu einer Kündigung der bilateralen Verträge oder des Freihandelsabkommens aus dem Jahr 1972.

Adrian Pulver,
SD-Zentralsekretär, Bern

Abstimmungsparolen für den Urnengang vom 19. Mai 2019

- Nein zum Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF)
- Nein zum Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)

Das Testament – Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Haben Sie also auch schon daran gedacht, die SCHWEIZER DEMOKRATEN in Ihrem Testament zu berücksichtigen? Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung? Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne kostenlos:

Schweizer Demokraten SD, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 974 20 10, schweizer-demokraten@bluewin.ch

Sie können sich auch an folgende Person wenden:

Rudolf Keller, Adlerfeldstr. 29, 4402 Frenkendorf, rudolf.keller@bluewin.ch